

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1927

229 (16.11.1927)

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Feiertage.
Bezugs-Preise:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Aus-träger frei ins Haus monatlich Goldmark 1.20
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/2 bis 5 Uhr Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 465
Postfach-Kontó
Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Begr. 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung d.iegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentliche Beilagen: Neue Illustrierte • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- und Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 6 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.
Grundschrift im Anzeigen- und Zeitteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifrester Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Vertreibung erlischt.
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Bank-Konto:
Bereitschaft Sinsheim
e. G. m. b. H.

Nr. 229.

Mittwoch, den 16. November 1927.

88. Jahrgang

Reinhold gegen Köhler.

Mängel und Aufgaben der deutschen Finanzverwaltung.

Frankfurt a. M., 15. Nov. In einer von der demokratischen Partei einberufenen öffentlichen Versammlung sprach heute abend der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinhold über deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik. Dr. Reinhold erinnerte an Anfang seiner Ausführungen daran, daß die heutige Koalitionsregierung im Reiche als die Regierung der reinen Sachlichkeit begrüßt worden sei. Seit, im zehnten Monat dieser Regierung, seien auch bei den Rechtsparteien die Hoffnungen bedeutend herabgestimmt. Die Gegensätze innerhalb der Regierung treten immer deutlicher in die Erscheinung. Es sei kein Wunder, daß die Außenpolitik in diesem Jahre keine Erfolge erzielt habe. Das verdanken wir den Parteien, die den Locarnogeist immer bekämpft haben und jetzt glauben, sich belügen zu müssen, daß er abnehme. Die kommenden Wahlen müßten darum hier eine Wandlung bringen und eine Mehrheit schaffen, der man die Einheitlichkeit und Aufrichtigkeit einer Außenpolitik auch im Auslande glaube. Die Ausführungen über das eigentliche Thema leitete der Redner mit dem Hinweis auf die Kosten des Reichsschuldenwesens ein.

Dr. Reinhold erinnert dann an die von ihm durchgeführte Steuererhöhung, dererwegen er schwer angegriffen wurde. Die Herabsetzung der Steuerhöhe innerhalb vernünftiger Grenzen habe sich aber später als durchaus gerechtfertigt erwiesen. Sein Nachfolger habe nur nicht den Mut aufgebracht, die Angriffe und Verdächtigungen von rechts zurückzuweisen und male heute die Finanzlage schwarz. Man habe Reinhold den Vorwurf gemacht, daß er die Reserven ausgebraucht hätte. Nach 10 Monaten aber waren sie sogar trotz der angeblich schlechten Finanzlage wieder da; es waren jäh Mittel vorhanden für eine ganze Reihe von Liebesgaben, die aus parteitaktischen Gründen durch die Re-

gierung verteilt worden seien. Durch die unberechtigte Steuer- und Finanzgebarung der jetzigen Regierung sei die Hoffnung auf eine sorgfältige Steuererhebung, die wir immer noch nötig haben, vollständig zunichte geworden. Ein besonders typisches Beispiel sei die Erhöhung der Postgebühren, die eingetreten sei, trotz des letzten Jahresgewinnes von 200 Millionen und trotz normaler Abschreibungen, weil die Post ihren Monopolcharakter ausnütze und nach rein fiskalischem Geiste verführe.

Keine Rationalisierung der Wirtschaft und Industrie könne nutzbar gemacht werden, wenn man im Staatsbetrieb in alter bürokratischer Weise weiterwirke. Zu einer wirklich gesunden Innenpolitik kämen wir in Deutschland nur, wenn die Kosten für die öffentliche Verwaltung wesentlich herabgesetzt würden. Die Politik der Reichsbank, die sehr schwankend und schick-saltnäßig gewesen sei, habe der deutschen Wirtschaft schweren Schaden zugefügt.

Nicht die Höhe der Steuern sei das schädigende, sondern die Tatsache, daß das gesamte deutsche Steuerwesen unsystematisch aufgebaut sei. Im einzelnen forderte Dr. Reinhold einen Ab-bau der Realsteuern und Umsatzsteuern und eine Herabsetzung der Einkommensteuer in den unteren und mittleren Klassen im Interesse der Sparfähigkeit. Das Zentralproblem für Deutsch-land aber sei das der deutschen Verwaltungsreform, bei der man anfangen müsse mit einer Umgestaltung der Verhältnisse von Reich zu Ländern und Gemeinden. Unsere Wirtschaft werde nicht imstande sein, die heutigen hohen Verwaltungskosten neben den Reparationskosten zu tragen, besonders da die Beamtenbesoldung jetzt in Kraft gesetzt werden muß. Bei der Besprechung sozial-politischer Fragen setzte sich Dr. Reinhold energisch für den Achtfundentag ein.

Ostpreußen-Tagung des Langnamens-Bereins.

Düffeldorf, 16. Nov. (Zuspruch.) Der Langnamens-Berein (Berein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Rheinlands und Westfalens) hielt gestern hier seine diesjährige Mitgliederversammlung ab, die durch ein besonderes Gepräge erhielt, daß die Lage der schwergeschädigten Provinz Ostpreußen in den Vordergrund der Erörterungen getreten wurde. Generaldirektor Dr. Neusch wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß sich die deutsche Wirtschaft mehr und mehr mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des deutschen Ostens befassen müsse, die auf die gesamte deutsche Wirtschaft zurückwirkten. Dr. Neusch beschäftigte sich dann mit allgemein wirtschaftlichen Fragen.

Darauf sprach Oberpräsident a. D. von Batocki über „Industrie und Landwirtschaft“. Wenn die Industrie, so führte er u. a. aus, viel schneller in der Technik und Produktions-möglichkeit vorgeschritten sei als die Landwirtschaft, so liege das auch an der schon 1914 weit durchgeführten, seitdem noch außerordentlich entwickelten Konzentration. Diese Erkenntnis dürfe nicht dazu verleiten, etwa entgegen der augen-scheinlichen Entwicklung auch bei der Landwirtschaft eine ver-mehrte Zusammenfassung in Großbetrieben zu wünschen. Die östlichen Agrarverhältnisse seien im Westen vielfach falsch beurteilt worden. Die Grundbesitzverteilung habe sich seit einem halben Jahrhundert entgegen der Theorie des Marxismus ständig in der Richtung der Vermehrung der Kleinbetriebe bewegt. In Ostpreußen würden von der land-wirtschaftlich benutzten Fläche 28 Prozent auf den Groß-betrieb entfallen, gegenüber einem Reichsdurchschnitt von 15 Prozent. Die Siedlungsarbeit erfordere viel sich mächtig verzinsendes Kapital, das bei der theoretischen Siedlungs-gesetzgebung oft zum Schaden der Sache übersehen worden sei. Es sei aber unbedingt nötig, im Siedlungswege eine Verdichtung der landwirtschaftlichen Bevölkerung des Ostens zu betreiben. Im Gegensatz zu der Industrie sei bei der Landwirtschaft eine Dezentralisation geboten, wobei Nachteile in gewissem Grade durch das ländliche Genossen-schaftswesen ausgeglichen werden können. Wichtig sei auch die Frage einer stärkeren Industrialisierung der Agrar-gebiete. Unbedingt wünschenswert sei ein Schutz der Land-wirtschaft gegen den übermächtigen Wettbewerb des benach-barten, besonders des polnischen Außenhandels.

Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Ausfüh-rungen Batockis referierte der Präsident der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer, Dr. Brandes, über „Wirt-schaftliche und politische Lage Ostpreußens nach der Abtren-nung vom Mutterlande und die Auswirkung auf ganz Deutschland“.

Wiel beachtet wurde die Rede des Generaldirektors Dr. Eilberber, der im Auftrage der Industrie zu dem Briefwechsel zwischen Reichsregierung und Reparationsagenten Stellung

nahm. Man müsse anerkennen, daß Herr Parker Gilbert in erster und letzter Form die ihm von seinem Amt auf-erlegten Pflichten zur Kenntnis der Reichsregierung ge-bracht habe. Der Reichsverband der Deutschen Industrie habe aber schon in seiner Schrift „Deutsche Wirtschaft und Finanzpolitik“ im Jahre 1925 alle diese Probleme sorgfältig erörtert. Allerdings seien seine Beobachtungen damals wenig gewürdigt worden. Die heutige Lage sei lediglich das Endergebnis einer langen Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre und man könne die heutige Regierung dafür nicht verantwortlich machen. Hier liege der Fehler Parker Gilberts. Schon in seinem Halbjahresbericht finde man alles das, was er jetzt in schärferer Form in seinem Memorandum vorgelagt habe. Sagen könne man noch, daß der Hinweis Parker Gilberts nicht in dieser Form hätte zu geschehen

brauchen. Die Industrie habe sich um den Abbau der Aus-gaben und gegen die Verletzung der öffentlichen Hand usw. mehr als einmal an die verantwortlichen Stellen gewandt. Betrachte man die Antwort der Reichsregierung an Parker Gilbert, so biete sie einerseits eine wertvolle Ergänzung seines Materials, während die Reichsregierung bei der Frage einer gewinnbringenden Ausfuhr vollkommen die Frage der Selbstkosten übergehe. Hier liege aber die Lo-sung. Die Selbstkostenfrage sei in Deutschland zu einer Selbstkostenfrage geworden. Hinzu komme, noch die all-gemeine Geldkrise und es sei vom Standpunkt der Wirtschaft zu fordern, daß diese Geldkrise nicht noch durch falsche Maß-nahmen provoziert und verschlimmert werde. Jede Ver-fürzung der Arbeitszeit sei immer als eine Lohnherab-setzung und erforderliche Kreditinstitutions, die die Wirtschaft nur auf dem Kreditwege beschaffen könne. Man müsse das Kreditproblem sehr ernst auffassen. Der Redner ist zwar nicht Gegner jeder kommunalen oder öffentlichen Anleihe, doch solle man den Kapitalmarkt im Inlande schonen. Die deutsche Wirtschaft könne ihre Verpflichtungen. Es müsse ihr aber auch möglich gemacht werden, sie zu erfüllen. Die deutsche Wirtschaft erkläre, daß sie den von ihr übernomme-nen Reparationsverpflichtungen nachkommen werde, da sie gewohnt sei, Verträge zu erfüllen. Dazu gehöre auch eine starke Wirtschaftspolitik.

Zum Schluß sprach Bankier Ferdinands-Röhl. Zur Frage der Erhöhung der Beamtenbezüge erklärte der Red-ner, daß die Erhöhung an sich durchaus anzuerkennen sei. Der Zeitpunkt sei aber falsch gewählt und die Erhöhung sei allzu plötzlich gekommen.

Eine Ansprache Dr. Strefemanns in Wien

Empfang beim deutschen Gesandten.

Wien, 16. Nov. (Zuspruch.) Der deutsche Gesandte Graf Verchenfeld veranstaltete gestern nachmittag zu Ehren des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers einen Empfang für die deutsche Kolonie. Reichskanzler Dr. Marx hielt eine kurze Ansprache, in der er, wie in seinem vor-gestrigen Trinkspruch, nochmals darauf hinwies, wie sehr sich in den letzten drei Jahren durch zähe Arbeit das Schick-sal Deutschlands wie auch Oesterreichs verbessert habe. Der Freundschaftsbesuch in Wien sei angesichts der engen und herzlichen Beziehungen und der Kulturgemeinschaft zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich eine Selbstverständ-lichkeit. „Ich fühle mich“, sagte der Reichskanzler, „hier überhaupt nicht wie im Auslande, sondern ich habe das Ge-fühl, daß ich auch hier in meinem Vaterlande bin“. Aus diesem Grunde, so erklärte Dr. Marx weiter, könne man die in Oesterreich lebenden Reichsdeutschen eigentlich gar nicht als Auslandsdeutsche bezeichnen. Er drückte seine Freude darüber aus, daß im Gegensatz zu früheren Zeiten jetzt alle Vereine und Organisationen Reichsdeutscher in Oesterreich zu einer einzigen Reichsgemeinschaft zusam-mengefaßt seien und empfahl der reichsdeutschen Kolonie, in voller Einigkeit, ohne Unterschied, den Gedanken der deut-schen Kulturgemeinschaft durch die Tat weiter zu fördern.

Reichsaußenminister Dr. Strefemann erschien erst etwas später auf der Gesandtschaft. Er sowohl wie der Reichs-kanzler plauderten längere Zeit mit verschiedenen hervor-ragenden Mitgliedern der Wiener reichsdeutschen Kolonie.

Im Anschluß an dieses Beisammensein empfing Dr. Strefemann die Vertreter der österreichischen und der interna-tionalen Presse. In seiner Ansprache vor den Pressever-tretern nahm er auch zu dem Ministerbesuch in Wien Stel-

lung. Er polemisierte gegen die verschiedenen ausländischen Kommentare und erklärte u. a., man könne sich nicht über den Besuch wundern, sondern eher darüber, daß seit dem letzten Ministerbesuch in Wien fast volle drei Jahre ver-gangen seien. Ebenjowenig habe man das Recht, aus der Abschaffung der Pöhlisa zwischen Deutschland und Oester-reich, aus der Rechtsangleichung und aus anderen ähnlichen Abmachungen, die hoffentlich noch folgen würden, falsche Schlüsse zu ziehen. In einem Zeitalter der Weltwirtschafts-konferenz und des Gedankens der Vereinigten Staaten von Europa dürfe keiner, dem solche Gedanken ernst sind, sich da-ran stoßen, wenn irgendwo mit der Verwirklichung dieser Gedanken ernst gemacht werde. Die zweite besonders be-merkenswerte Stelle der Rede bezog sich auf die Friedens-politik des Außenministers. Anknüpfend an einen Hinweis auf die beiden letzten Reden Baldwin und Briand sprach Strefemann die feste Hoffnung aus, daß dem seit Locarno begonnenen Verständigungswerk auch das Abrüstungswerk folgen werde. Wer nach den Ergebnissen des letzten Krieges noch jemals die Hand dazu bieten würde, daß ein neuer Krieg entstehe, der müsse als Verbrecher bezeichnet werden. Dr. Strefemann hatte gebeten, sich mit seinen geschlos-senen Ausführungen zu begnügen und keine Fragen an ihn zu richten. Er blieb aber noch einige Zeit in ungezwun-genem Gespräch bei den Journalisten.

Die politischen Unterhandlungen zwischen Dr. Marx, Dr. Strefemann und den Mitgliedern der österreichischen Regierung haben zum größten Teil vorgestern stattgefun-den. Der gestrige Vormittag wurde zu einer Ausfahrt in die Umgebung Wiens benutzt, die mit einem Besuch des be-rühmten Stiftes Kloster Neuburg schloß. Der gestrige Tag schien dafür besonders geeignet, weil gestern der Lokal-heilige von Kloster Neuburg, der Babenberger Markgraf Leopold, mit alten Bräuden und Volksbelustigung gefeiert wurde. Die Festgäste, die von Bundeskanzler Dr. Seipel geführt wurden, hörten im Dom des Stiftes die D-Moll-messe von Bruckner an und nahmen dann als Gäste des Stiftes das Frühstück. Während der Anwesenheit der deut-schen Minister tagte gestern vormittag der interparlaman-tarische Ausschuß für Rechtsangleichung. An der Sitzung nahmen u. a. Geheimrat Kahl und andere Reichsdeutsche teil. Geheimrat Kahl sah man auch auf dem Empfang des Grafen Verchenfeld.

Dr. Strefemann reiste gestern abend nach Berlin zurück. Der Reichskanzler fährt heute in Begleitung des Ministe-rialdirektors Dr. Zechlin nach München.

Für ein neues deutsch-österreichisches Strafgesetz

Wien, 16. Nov. Im Budgetsaal des Parlamentes trat gestern vormittag die Konferenz von Mitgliedern des vom Rechtsausschuß des Deutschen Reichstages und des öster-reichischen Nationalrates zur Vorberatung des Straf-gesetzes eingesetzten Sonderausschusses zusammen. Der Ob-mann des österreichischen Ausschusses, Dr. Waber, eröff-nete die Konferenz mit einer Begrüßungsansprache, in der er darauf hinwies, daß es das erste Mal sei, daß Vertreter der Ausschüsse von zwei Parlamenten zu einer Konferenz zusammenträten, um ein gemeinsames Werk der Vollen-dung zuzuführen. Er sprach den Regierungen den Dank für die Förderung dieses Werkes aus, das hoffentlich zu einem gedeihlichen Abschluß geführt werden könne. „Re-gierungen können oft schwerer zueinanderkommen als die Abgeordneten, wenn sie einmal entschlossen sind, positive Ar-beit zu leisten. Wir alle sind von dem Gedanken erfüllt, ein gemeinsames Recht zu schaffen.“

Minister Dinghofer begrüßte darauf im Namen der österreichischen Regierung die deutschen Teilnehmer. Er wies darauf hin, daß es ein Ereignis von unvergänglicher rechtshistorischer Bedeutung sei, das sich hier vollziehe. „Wir sind hierhergekommen, um dem nationalen Gedanken eines einheitlichen Strafgesetzes für beide Staaten unsere Dienste zu weihen. Sie sind hier versammelt, um als Vertreter des Rechtsausschusses des Deutschen Reichstages mit den Delegierten des österreichischen Nationalrates in einer freien Konferenz die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die der Verwirklichung dieses schönen Gedankens bei der notwendigerweise getrennten parlamentarischen Beratung des österreichischen Gesetzentwurfes in den beiden geschehenden Körperschaften entgegenstehen können. Die Zusammenarbeit der deutschen und österreichischen Gesetzgebung ist nicht ohne Vorbild. Schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts ist eine gemeinsame Wechselordnung und ein gemeinsames Handelsgesetzbuch geschaffen worden und die Vorarbeiten zu einem gemeinsamen Obligationenrecht und einer gemein-samen Zivilprozessordnung wurden in Angriff genommen. Welche historischen Ereignisse haben die Rechtsarbeiten unterbrochen? Aber die Wiederaufnahme vollzieht sich unter völlig geänderten Bedingungen. Nicht mehr durch den Machtspruch absolut regierender Fürsten entstehen heute die Gesetze, sondern das Volk entscheidet durch seine frei ge-wählten Vertreter darüber, was Recht sein soll. Die Rechts-angleichungsarbeit ist dadurch nicht leichter geworden. Ich zweifle aber nicht daran, daß Sie die Aufgabe, die Sie sich gesetzt haben, glücklich lösen werden und wünsche Ihren Be-ratungen allerbesten Erfolg.“

Präsident Dr. Waber lud den Obmann des deutschen Rechtsausschusses, Dr. Kahl, ein, den Vorsitz in der Konfe-renz zu übernehmen.

Professor Dr. Kahl dankte zunächst für die ihm und seinen Kollegen aus dem Reich gewährten Begrüßungs-worte und fuhr dann fort: „Seien Sie überzeugt, meine Herren, daß wir von der gleichen Ueberzeugung befeelt hier-hergekommen sind, die sich aus Ihren Worten offenbart hat. Auch bei uns herrscht der feste Wille und Entschluß, an dem gemeinschaftlichen großen Kulturwerk mit unseren besten Kräften mitzuarbeiten. Es ist in seiner Art gewiß etwas Einziges, aber ich bin der besten Ueberzeugung, daß, wenn

der gute Wille vorhanden sein wird, uns auch der Erfolg nicht fehlen wird. Wir wollen uns nicht darüber täuschen, daß wir gelegentlich auch Fragen von großer Bedeutung auszutragen haben werden, in denen es manchen Gegenstand zu überwinden geben wird. Wir wollen aber bei allen unseren Arbeiten immer das Höhere, dem Gedanken an die Herstellung der Rechtsgleichheit auf einem so wichtigen Gebiet walten lassen. Ich bin mir wohl bewußt, daß Parteigegensätze und Parteipolitik nicht werden ausgeschaltet werden können dort, wo es sich um größere Weltanschauungen handelt. Aber lassen Sie uns an die Arbeit gehen mit dem Gedanken und dem Entschluß, Kleines hinter Großes zurückstellen und brennende parteipolitische Momente hinter die Sache selbst zurücktreten lassen. Vieles ist seiner Natur nach so geartet, daß es von selbst der Parteipolitik entrückt ist, bei anderen wird sie notwendig eingreifen müssen. Aber ich bitte Sie, über all das den Gedanken des letzten großen Zieles zu legen.

Die Konferenz trat hierauf in die Beratungen ein.

Beratungen der Reichstagsausschüsse

Hefige Debatten im Ausschuss für Wohnungswesen. — Unfallversicherung. — Besoldungsvorlage. — Kriegsbeschädigtengesetz.

Berlin, 16. Nov. (Zunkspruch.) Im Reichstagsausschuss für Wohnungswesen beantragten gestern die Sozialdemokraten und Kommunisten Aussetzung der Verhandlungen bis Donnerstag, um das bei den Länderverwaltungen vorliegende Material bezüglich Forderung der Zwangswirtschaft herbeizuschaffen. Der Versammlungsantrag wurde mit 15 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Auf Antrag der Sozialdemokraten beschloß der Ausschuss aber, eine Pause einzutreten zu lassen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung setzte eine heftige Geschäftsordnungsdebatte ein, in der die Sozialdemokraten Einspruch dagegen erhoben, daß ihrem Verlangen nach Vertagung nicht entsprochen worden sei. Dieses Vorgehen der Mehrheit widerspreche allen parlamentarischen Gepflogenheiten. Die Vertreter der Regierungsparteien wiesen den Vorwurf zurück, daß sie die Minderheit des Ausschusses verewaltigen wollten. Man einigte sich schließlich auf die Vertagung bis Donnerstag, um den Vertretern der Länderregierungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Im Sozialpolitischen Ausschuss wurde gestern die Verordnung zur Durchführung der Unfallversicherung weiterberaten. Dabei wurde auch der zweite Abschnitt der Verordnung, der die Berufsfürsorge behandelt, ohne wesentliche Änderungen in der Fassung der Regierungsvorlage genehmigt.

Ferner einigte sich der Ausschuss dahin, die Beratung des demokratischen Kleinrentnerversorgungsgesetzes am kommenden Dienstag zu beginnen.

Im Haushaltsausschuss für Besoldungsfragen kam in der Aussprache bei allen Parteien der Wunsch nach einer Reform der Ministerialzulagen zum Ausdruck. Nach Beendigung dieser Aussprache setzte der Ausschuss die Beratung der Besoldungsgruppe 10 fort. Die Beratung wurde jedoch nicht zu Ende geführt. Sie wird am nächsten Montag fortgesetzt werden.

Der Kriegsbeschädigtenausschuss des Reichstages begann am Dienstag die Generaldebatte über die Novelle zum Reichsversorgungsgesetz. Geheimrat Kerchensteiner trat der Auffassung entgegen, daß im Versorgungsgesetz in den nächsten Jahren erhebliche Einschränkungen zu erwarten seien. Es sei wohl mit gewissen Mehrausgaben bei den einzelnen Kategorien zu rechnen, aber im ganzen zeige der Aufwand eine ununterbrochene Steigerung. Er habe betragen im Jahre 1924 965 Millionen, 1926 1310 Millionen, 1927 1334 und für 1928 sind die Kosten dieser Novelle mit 1380 Millionen vorgeesehen. Am Donnerstag beginnt die Spezialberatung.

Keine Verschiebung der Wiederaufnahme der Reichstagsplenarsitzungen

Berlin, 16. Nov. (Zunkspruch.) Der Aeltestenrat des Reichstages war gestern mittag zu einer Sitzung zusammengekommen, weil der Abgeordnete Graf Westarp angeregt hatte, den für den 22. November in Aussicht genommenen Wiederbeginn der Plenarsitzungen mit Rücksicht auf noch laufende Ausschussarbeiten zu verschieben. Im Aeltestenrat erhoben jedoch die Sozialdemokraten gegen diese Anregung Widerspruch. Auch Reichstagspräsident Löbe

machte Bedenken dagegen geltend, daß immer von neuem wieder vertagt werde. Infolgedessen zog Graf Westarp seine Anregung zurück. Um jedoch den Ausschüssen auch während der Plenarsitzungen Zeit genug zu lassen, beschloß der Aeltestenrat das Plenum immer erst um 4 Uhr nachmittags beginnen zu lassen, nur am 22. November soll es bei der Zeit von 3 Uhr nachmittags belassen werden. Am 22. November bildet den wichtigsten Verhandlungsgegenstand der deutsch-französische Handelsvertrag. An den folgenden Tagen wird zunächst die Beamtendisziplinarordnung und sodann das Rentnerchutzgesetz behandelt werden.

Maiszoll und Reichsernährungsminister

Berlin, 16. Nov. Bei den Verhandlungen über den deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag war vereinbart worden, den Zoll für Futtermais von 3,20 auf 2,50 Mark je Doppelzentner zu ermäßigen. Gleichzeitig liegt ein Antrag des Reichsernährungsministers vor, den Zoll für Indusriemais von 3,20 Mark auf fünf Reichsmark zu erhöhen. Diese Forderung nimmt der „Vorwärts“ zum Anlass einer ausführlichen Polemik gegen den Reichsernährungsminister. Das Blatt spricht u. a. indirekt den Verdacht aus, daß der Minister Schiele im vorliegenden Falle seine amtliche Tätigkeit dazu benutze, um seine privatwirtschaftlichen Interessen zu fördern. Demgegenüber wird von Seiten des Reichsernährungsministeriums folgendes festgehalten:

1. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß Minister Schiele auf dem von ihm verpachteten Gut in Schollene eine eigene landwirtschaftliche Kartoffelfabrik besitzt.
2. Die in Schollene befindliche Kartoffelfabrik gehört der Scholten-N.-G. in Brandenburg, an der Schiele beteiligt ist. Auch die Matzema-N.-G. ist an dem Unternehmen beteiligt. Die Fabrik Schollene liegt seit Jahren still. Die Hauptfabrik in Brandenburg verarbeitet zur Zeit ausschließlich Mais. Mit dem Antrag auf Erhöhung des Zolles für Futtermais vertritt Minister Schiele somit keineswegs seine privatwirtschaftlichen Interessen, sondern handelt geradezu gegen die Interessen der maisverarbeitenden Fabrik, an der er beteiligt ist. Dabei leitet ihn lediglich die Rücksicht auf die allgemeinen volkswirtschaftlichen und nationalen Interessen vor allem die Rücksicht auf die mittlere und kleine Landwirtschaft, in deren Händen zu 85 Prozent die Kartoffelproduktion liegt.

Wahlstandal

Berlin, 16. Nov. Die Angestelltenwahlen am Sonntag haben unter standlosen Vorbedingungen stattgefunden. Fast in allen Städten waren die Stimmabgaben mit so großen Schwierigkeiten verbunden, daß zahlreiche Angestellte auf Ausübung ihres Stimmrechts verzichteten. Es sind noch Ermittlungen im Gange, welche Stelle im Reichsarbeitsministerium hierfür die Verantwortung trägt.

Bayerisches, Allzu-Bayerisches

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“, einstmals ein liberales Organ, halten es jetzt für an der Zeit, eine Kampagne gegen den Einheitsstaat zu eröffnen. So sind die Anhänger des Einheitsstaates in diesem Blatte bezeichnet als „150 Jahre hinter ihrer Zeit zurück“. Heute lese man überall von den Rechten der nationalen Minderheiten, dafür kämpften in Frankreich Elsässer und Basen, in Großbritannien die Iren, und auch im Osten sei der Kampf dafür entbrannt. Diese Argumentierung verdient denn doch die allerhöchste Zurückweisung. Es ist bisher noch nicht dagewesen, daß man das Verhältnis der Deutsch-Elsässer zu den Franzosen und der keltischen Iren zu den Engländern mit dem Verhältnis der Bayern zum Deutschen Reich verglichen hat. Für nationale Minderheiten mag das Geltung haben. Aber für ein Volk gilt der Grundsatz: eine Kultur und eine Wirtschaft. Die bayerische Stimmung gegen den Einheitsstaat ist gleichbedeutend mit der bayerischen Stimmung gegen Berlin. In dieser Beziehung ist charakteristisch eine Neuherung eines bayerischen Ministerialrats, die kürzlich in einem Bericht im bayerischen Untersuchungsausschuss vorgelesen worden ist. In diesem Bericht hieß es: „Ich selbst war noch nie in Berlin, Gott sei Dank!“ Das ist die Gesinnung, aus der so viel Unfug in Bayern hervorgeht. Man kennt die Gründe nicht, die für den Einheitsstaat sprechen, aber man mißbilligt sie.

Der Berliner finnische Gesandte abberufen

Berlin, 16. November. Der hiesige finnische Gesandte Dr. Solwa hat gestern dem Reichspräsidenten von Hindenburg sein Abberufungsmarschreiben überreicht.

Abwanderung lothringischer Bergarbeiter.

Metz 16. Nov. Die Abwanderung lothringischer Bergarbeiter nach den neuen in Betrieb genommenen Steinen bei Nagen hält an. In den letzten Tagen sind über 30 ausländische Bergarbeiterfamilien aus der Gegend von Felsweiler im Kreise Vörsbach nach Deutschland ausgewandert. Den lothringischen Grubendirektionen, deren unsoziale Lohnpolitik der letzten Jahre sich auf das Ueberangebot an ausländischen Arbeitskräften fühlte, kommt die Arbeiterflucht um so unangelegener, als sie erst in den letzten Tagen eine Lohnneigabe des unabhängigen Gewerkschaftsbundes abweisen. Die Grubenverwaltung Saar und Mosel, in deren Revier die Arbeiterflucht besonders stark eingestiegen hat, hat durch Anschläge auf den Schächten ihre Arbeiter angefordert, den Anwerbern keine Folge zu leisten, ohne indessen aus den Vorgängen die richtige Lehre zu ziehen und ihre Lohnpolitik etwas sozialer zu gestalten.

Poincaré stellt zweimal die Vertrauensfrage

Paris, 16. November. (Zunkspruch.) Die Kammer setzte gestern vormittag ihre Beratungen über das Ausgabenbudget des Jahres 1928 fort. Dabei wurde die Erörterung über das Budget des Arbeitsministeriums beendet und das Budget der Hygiene und der öffentlichen Unterweisung in Angriff genommen. Im Laufe der Beratungen sah Poincaré sich veranlaßt, zweimal die Vertrauensfrage zu stellen, um die Zurückverweisung einzelner Kapitel an die Finanzkommission zu verhindern. Er erzielte hierbei eine absolute Mehrheit von rund 130 Stimmen.

Blutige Zusammenstöße in Indien

London, 15. Nov. Wie aus Neu-Delhi gemeldet wird, kam es dort wieder zu äußerst blutigen Zusammenstößen zwischen Moslems und Hindus. Den Anlaß dazu bot die Hinrichtung eines wegen der Ermordung eines Hinduübersetzers verurteilten Moslem. Bei den Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Moslems und Hindus wurde eine Person getötet und 46 wurden verletzt. In der ganzen Stadt herrschte eine solche Erregung, daß die britische Militärpolizei mit Panzerwagen operieren mußte, um die Menschenansammlungen auseinander zu treiben. Fünfzig Personen wurden wegen Widersehlichkeit verhaftet.

Start zum Langstreckenflug England-Indien

London, 16. November. (Zunkspruch.) Kapitän Mac Innes und Mister Bert Hinkler sind gestern mittag um 13.10 Uhr vom Flugplatz Upavon mit ihrem Fokkerreidender „Prinzeß Kenta“ zum Fluge nach Madras in Indien gestartet. Sie wollen den Streckenweltrekord brechen und als erste Flieger die Strecke London-Indien ununterbrochen zurücklegen. Bei erfolgreichem Verlauf des Fluges beabsichtigen sie, in zwei weiteren Etappen von Indien nach Australien weiterzuziehen. Die „Prinzeß Kenta“ führt 800 Gallonen Betriebsstoff mit sich und ist mit einer luftgekühlten Jupiter-Maschine ausgerüstet. Die Wetterbedingungen sind günstig, doch erwarten die Flieger über verschiedenen Teilen Europas Regen und Schnee.

Amerika hat noch deutsche Faustpfänder



Wird die Freigabe-Bill diesmal durchgehen?

Die Vereinigten Staaten haben während des Krieges das Eigentum der in Amerika lebenden Deutschen beschlagnahmt und bis heute noch nicht freigegeben. Es scheint nun,

Durchlaucht-Frau Gildenwerth

ROMAN VON FRED NELIUS

„Ach, du kümmerlicher Philosoph“, sagte Zieten und hob die Schultern. „Aber wart, ich komme dir mit anderem Hörel.“

Und er entwickelte vor Steinkirch seine neuen Pläne.

Als Zieten dann die Redaktion verlassen hatte, ging er am Schloß vorbei und bog von links ab. Das Theater befand sich vor ihm. Die Hofkirche mit dem durchbrochenen, schlanken Turm blieb rechts. Das Rechteck des Zwingers erstreckte vor ihm mit seinen Galerien im Stil der Renaissance ... mit den drei Pavillons im üppigen Barock. Er hielt am Nymphenbad und suchte einen Ruheplatz am Zwingerdeck.

Mühselig wuchs in ihm die frohe Andacht für den schönen, nicht- und duftdurchdränkten Tag. In tiefen Zügen sog er die klare, warme Luft ein. Es duftete nach späten Rosen. In den Wipfeln hier und drüben sang es mit betörend süßen Stimmen wie mit wunderfeinen Flöten und Violon das Wunderlied des Lebens. Unzählige Vögel jauchzten trunken in die goldgestrahlte Welt.

Von diesem Tage ab stellte Zieten sein Denken ... Fühlen ... Handeln ... Laufen ... Schreiben nur noch in den Dienst des einen Ziels: in das Gelingen seiner Wochenplauderei. Von wem man spricht. Das Material war reich und bunt. Ein Kreishauptmann war gestorben ... eine prominente Persönlichkeit des öffentlichen Lebens schied aus ihrem Amt ... ein anderer trat an ihren Platz ... eine mortante Fiaur der alten Hofgesellschaft, ein hoher Militär, ein alter Diplomat wurde durch die Zeitungen genannt ... ein wohlbekanntes Schloß im Sachsenlande brannte ab ... Familien, deren Namen heute oder früher Klang und Ansehen hatten, wurden irgendwie verflüchtigt, durch einen Sproß bereichert, starben aus ... es gab da vieles. Das Material richtig auszuwerten war nur schwer. Zieten mußte in diesen Wochen viele Augen, viele Ohren, viele Beine, viele Häute und nur einen Willen haben. Die eine Haut — die empfindungsfeine des früheren Offiziers — war abzutreiben. Es galt sich neu und did zu häuten.

Schmachhaft, anekdotenhaft verbrämt — diese Forderung

für die Wochenplauderei stand ihm ständig vor dem Sinn. Sie zu erfüllen war nicht leicht. Galt es Namen, die in den Jahrbüchern des deutschen Adels, in Adels- oder anderen Lexikas, im Gothaer oder in bürgerlichen Geschlechterbüchern aufzufinden waren, fand er daran einen Halt. Aber meist standen Männer im Brennpunkt des Interesses, die die neue Zeit gemacht ... Namen, früher ohne Klang ... Sterne, die heute grell erstrahlten und morgen schon erloschen.

Zieten sprach persönlich vor. Wie ein Weinreisender ... ein Vertreter für Versicherungswesen ... manchmal abgewiesen ... aber unermüdet und mit zäher Energie war er unterwegs. Wie eine Biene nippete er an jedem Kelch. Oder er vergrub sich wie ein Bücherwurm in irgendeiner Bibliothek. Er ließ sich alte Bücher aus. Historien Dresdens und des Sachsenlandes ... Regimentsgeschichten ... Ranglisten und Adelsregister. Er fand Zutritt in die Handschriften- und Aktensammern.

Vergangene Heldentaten ... im Strom der Zeit versunkene Verdienste sächlicher Geschlechter lebten vor ihm auf. Alte, ehrenstolze Schachennamen klangen, fernem Mahnen gleich, zur neuen Zeit. Von Fleiß und Schaffen, erzählte die Geschichte alter Bürgerlippen. In diesen Stunden, die Zieten die schönsten seines neuen Schaffens waren, zog die Vergangenheit — Jahrhunderte von der Sorbenzeit bis zum Kurzsachen und Königsaar — ihn tief in ihren heiligen Bann. Vor Tau und Sonnenaufgang stand er auf. In Dresden-Seidwitz, vor den Toren Dresdens wurde Vollblut galoppiert. Die Reiterbahn war dann sein Ziel.

Zieten wärmte sich das Herz ... die alte Reiterlust durchpuffte jeden Nerv, wenn er mit den Trainern durch die Bogen schritt. Den edlen Göttern strich er wehmütig über Hals und Kruppe. Er dünkte sich unfähig arm, wenn gestalltet wurde — die Zeit, da auch er in aller Herrgottsfrühe schon im Sattel saß, war so fern. Die Stallungen sahen wie die Kägen auf. Das Lot schlenderte im Gansemarisch aus dem Hof. Dann gaben die Jungens den Tieren vor der Morgenarbeit den langen Trab. Zieten schritt mit dem Trainer nach der Bahn. Auf dem grünen Rajen schimmerte der Tau. Die Trainerbahn aber hatte weichen, körnigen Sand. Im Schritt zog das Lot Pferde langsam seinen Kreis. Zu zweien ... dreien ... vierten nahm der Trainer sie her-

aus. Es ging über oder in genau zugemessenem Sprunge, Strecken und Reiprenen durch die Bahn.

An einem Renntage auf der Reicker Bahn hatte Zieten die Herzogin von Hohenastenberg erkannt. Vor dem zweiten Rennen ging er mit Steinkirch über den Platz vor der Tribüne, um das Abwiegen der Jockeys anzusehen. Plötzlich stuchte er. Vor der Tribünenrampe standen zwei schlante, elegante Damen. Brünnet die jüngere — die ältere blond. Die Herzogin von Hohenastenberg — gart und zauberhaft in ihrer destiguierten Anmut — in einem Sommerkleid aus nilgrünem Crepe Georgette und weißem Schmelz. Ueber dem blonden Haar der helle Tüllhut mit einem Federzang aus Marabu. Auch sie sah Zieten. Erschrocken lagen ihre großen, blauen Augen in den seinen. Er zog den Hut. Wieder — wie damals in der Zaubervilla — fing er einen ihrer hilflosen und ersäunten Blicke. Sie neigte leicht den Kopf.

„Hast du von der Herzogin von Hohenastenberg schon jemals was gehört?“ fragte Zieten, als sie zwanzig Schritte weiter waren.

Steinkirch wendete den Kopf. „War sie das?“

Zieten hob die Schultern. „Ja. Was weißt du von ihr?“

„Gar nichts. Von ihm wenig. Rheinischer Magnat und freier Standesherr. Dem Anschein nach immens reich. Im Kriege Gardekavallerist. Lag in Belgien im Quartier auf dem Schloß des Grafen Jonghe. Irgegendwelche intime Dinge mit der Gräfin. Rekonter mit dem Mann. Eine mysteriöse Quellaßäre ohne Zeugen, nach welcher Jonghe schwer verundet wurde und später starb. Der belgische Gerichtshof hat Anklage gegen Hohenastenberg erhoben und ihn, soviel ich weiß, in contumaciam verurteilt. Alles! Der Herzog soll wegen dieser Dinge seine Besitzungen am Rhein verlassen haben und lebt in Dresden.“

Als Zieten nach dem Rennen der Wagenabfahrt zusah, fiel ihm eine Coach auf, vor der vier Schimmel gingen. Der Herrenfahrer schlant, überlegant, in edler Haltung. Hinter ihm ein paar Damen ... ein alter Herr. Zieten erkannte den Marabuhut der Herzogin von Hohenastenberg. Wieder sah auch sie ihn. Wieder zog er ehrfurchtsvoll den Hut. Aber der Wagen stob in schneller Fahrt vorbei. Und ihr Blick blieb geradeaus.

Das eine neue Bewegung im Gange ist, diese Freigabe von zu erreichen, denn das Mitglied des Kongresses, William Green, hat einen neuen Antrag eingebracht, der, wie der Sprecher des Abgeordnetenhauses, Longworth (unser Bild) erklärte, noch im Dezember behandelt werden soll.

Baden.

Die Aufwertung der Sparkassenguthaben in Baden

Zur Aufwertung der Sparkassenguthaben in Baden erhalten wir von der Geschäftsstelle des Sparerbundes folgende Zuschrift:

Nach vielfachen Wahrnehmungen besteht in den weitesten Kreisen noch große Unklarheit über den gegenwärtigen Stand der Aufwertung der Sparkassenguthaben in Baden. Wir richten deshalb auf folgenden Punkt aufmerksam machen:

Bekanntlich schrieb die badische Durchführungsverordnung vom 2. 6. 26 für die Aufwertung der Sparkassenguthaben einen Einheitsfuß von 12 1/2 Prozent vor. Diese Vorschrift beruhte auf der Annahme, daß die bei den Sparkassen sich ergebende Aufwertungsvermögen einen höheren Satz nicht ermöglichen würden. Inzwischen hat sich aber diese Annahme als unrichtig erwiesen und herausgestellt, daß wohl die meisten Sparkassen in der Lage sind, ihren Gläubigern einen höheren Aufwertungssatz zu gewähren, ohne Zuschüsse der bürgenden Gemeinden in Anspruch nehmen zu müssen. Danach hat mit Zustimmung des Landtags das Badische Ministerium des Innern angeordnet, daß der Satz von 12 1/2 Prozent als Mindestfuß zu betrachten ist und daß die gesamte durch die Aufwertung der Vermögenslagen der Sparkassen sich ergebende Teilungsmasse zur Aufwertung der Einlagen verwendet werden muß. Aufsteigend steht nun bei den meisten Sparkassen die Höhe ihrer Teilungsmasse noch nicht fest und konnte bei diesen bisher infolgedessen auch die Höhe des Aufwertungssatzes nicht bestimmt werden. Immerhin hat eine größere Zahl von Sparkassen bereits ihren Aufwertungssatz bekanntgegeben. So berechnet die Sparkasse Mannheim ihren Aufwertungssatz auf 22%, Heidelberg auf 20%, Pforzheim auf 25%, Durlach auf 18,75%, Karlsruhe (bis jetzt) 21%, Ettlingen 18,75%, Freiburg i. Br. 22% usw.

Eine wesentliche Steigerung konnte der Aufwertungssatz vieler Sparkassen dadurch erfahren, daß die Gemeinden sich entschließen würden, ihre von Sparkassen empfangenen Darlehen wenigstens mit 25% auszuwerten. Leider glaubten die Gemeinden aber sich streng an die auch für die Sparkassen so nachteiligen Aufwertungsregeln halten und in Zweifelsfällen sogar Prozesse gegen ihre Gläubiger führen zu lassen.

Wenn nun auch nach den angeführten Zahlen die Aufwertungssätze bei vielen Sparkassen sich wesentlich höher stellen, als ursprünglich mit dem Einheitsfuß von 12 1/2% vorgesehen war, so bedeutet dies doch keineswegs, daß nun alle Einleger der betreffenden Sparkassen den Aufwertungssatz in voller Höhe erhalten. Dem steht bei allen Einlegern, welche während der Inflationszeit Abhebungen gemacht haben, das sog. „Wilschmayer System“ für die Berechnung des Goldmarkwertes der Guthaben entgegen. Denn dadurch werden zwar sämtliche Einlagen in Gold umgerechnet, die Rückzahlungen dagegen, die vor dem 15. 6. 22 stattgefunden haben, mit ihrem vollen Nennbetrag an dem Goldmarkguthaben abgezogen. Daß dabei in vielen Fällen fast nichts mehr für die Gläubiger auszuwerten bleibt, ist ohne weiteres klar.

Nach der badischen Verordnung sind nun allerdings die nach dem 14. 6. 22 geleisteten Rückzahlungen nur mit ihrem Goldmarkbetrag anzurechnen. Vermünftigerweise müssen die sich ergebenden Geldbeträge an dem Goldmarkguthaben abgezogen werden und ist aus dem verbleibenden Rest der Aufwertungsbetrag nach dem für die einzelnen Sparkassen festgesetzten Prozentsatz zu berechnen. Statt dessen ziehen aber die badischen Sparkassen den Goldmarkbetrag der Rückzahlungen nicht an dem Guthaben, sondern an der vorher errechneten Aufwertungsbetrag ab, wobei in vielen Fällen dann für den Gläubiger nicht nur nichts übrig bleibt, sondern er streng genommen noch Rückzahlungen zu leisten hätte. Bisher ist es dem Sparerbund nicht gelungen, die Sparkassen von der Unrichtigkeit dieser Berechnungsweise zu überzeugen und sie zur Abstellung zu veranlassen, obgleich die Sparkassen keine finanzielle Interessen daran haben. Da aber der Nachteil dieser Berechnungsweise vielfach gerade die am schwersten von der Inflation geschädigten minderbemittelten Kreise trifft, so hält sich der Sparerbund für verpflichtet, die Sparkassen immer wieder zur Beseitigung dieser Ungerechtigkeiten aufzufordern.

Gegen die Wiedereinführung der Getränkesteuer

Karlsruhe, 16. Nov. Vom Badischen Gastwirteverband Karlsruhe wird uns geschrieben:

Die Alarmnachrichten einer Wiedereinführung der allgemeinen Getränkesteuer haben eine beängstigende Unruhe in das Publikum getragen. Es hat den Anschein, als ob die Forderung der Magdeburger Städtetage den Gemeinden die allgemeine Getränkesteuer wieder frei zu geben, bei dem Reichsfinanzminister auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Man begründet die Notwendigkeit der Wiedereinführung der allgemeinen Getränkesteuer damit, daß den Gemeinden hierdurch die für die bevorstehende Besoldungserhöhung notwendigen eigenen Mittel gegeben wären. Dieses Vorgehen steht aber doch sicher in dem stärksten Widerspruch zu der Erklärung des Reichsfinanzministers auf jener Magdeburger Tagung, wenn er sagte, daß die Durchführung der Besoldungsreform ohne Erhöhung oder Neueinführung von Steuern möglich sei. Wenn wir von vornherein dies bezweifelten, so wird uns nunmehr durch das Vorgehen des Deutschen Städtetages unsere früher gehegte Ansicht bestätigt. Speziell das badische Gastwirts-gewerbe wird niemals in der Lage sein widerspruchlos eine eventuelle Wiedereinführung der allgemeinen Getränkesteuer hinzunehmen. Wenn der Reichsfinanzminister glaubt, dazun zu müssen, daß Maßnahmen für die Verhinderung einer etwaigen Preissteigerung getroffen werden würden, so wird er wohl nicht gut annehmen können, daß eine neue steuerliche Belastung ihre Reaktion nicht verfehlen wird. Das badische Gastwirts-gewerbe speziell wird gewarnt sein, bei der Wiedereinführung der allgemeinen Getränkesteuer eine allgemeine Preissteigerung eintreten zu lassen, die unter gar keinen Umständen mehr aufgehalten werden kann, nachdem bislang unter großen Opfern von einer Preissteigerung infolge der allgemeinen Steuerung in den letzten Wochen und Monaten Abstand genommen worden ist. Es wird sich jedoch diese Preissteigerung nicht aufhalten lassen, sofern die Absicht des Deutschen Städtetages mit Hilfe des Reichsfinanzministers Wirklichkeit werden würde.

Wir sind der Ansicht, dies der breiten Öffentlichkeit mit allzu großer Deutlichkeit vor Augen führen zu müssen, um uns nicht widerhin eventuellen Vorwürfen aussetzen.

Aus Nah und Fern.

* Sinsheim, 12. Nov. (Genossenschaftsversammlung.) In Saale des Gasthauses zum Löwen fand heute die Genossenschaftsversammlung der Fleckviehgenossenschaft Sinsheim statt. Der Vorsitzende der Genossenschaft, Landrat Strack, begrüßte die Erschienenen und gab den Tätigkeitsbericht für das Rechnungsjahr 1926/27 bekannt. In 15 Gemeinden des Genossenschaftsbezirks bestehen Ortsvereine. Die Zahl der Mitglieder beträgt 242. Die Zahl der eingetragenen Zuchttiere beläuft sich auf 752. Die Genossenschaft wurde im August 1926 ins Vereinsregister eingetragen. Im November 1926 und Februar 1927 hat die Genossenschaft für ihre Mitglieder Zuchtvieh aus Oberbaden eingeführt und zwar im Ganzen: 5 Füllen, 17 Kalbinnen und 15 Jung-Kinder, zum Preise von zusammen 26 471 R.-Mk. Die Hälfte der Frachtkosten hat zusammen 278,40 R.-Mk. hat die Bad. Staatskasse übernommen. Der Kreisrat Heidelberg hat zu diesen beiden Vieheinführungen ein Betrag von zusammen 600 R.-Mk. bewilligt. Am 3. Dienstag des Monats Mai fand der Gau-Zuchtviehmarkt in Sinsheim statt, der von Züchtern der Genossenschaft Sinsheim, Eppingen, Neckarbischofsheim, Wiesloch und Heidelberg sehr gut besucht und besucht war. Es konnten viele Tiere zu günstigen Preisen verkauft werden. Bei der mit dem Markt verbundenen Schau wurden folgende Prämien zuerkannt: Weggelder für 15 Füllen 100 R.-Mk., Prämien für 24 Kühe 250 R.-Mk., für 15 Kalbinnen 135 R.-Mk. und 20 Jung-Kinder 165 R.-Mk. im Ganzen 650 R.-Mk., die aus den Eintritts- und Standgeldern, sowie aus den Beiträgen des Kreisrats Heidelberg und der Genossenschaftsgemeinden aufgebracht wurden. Bei der am 6. Sept. 1927 stattgefundenen Zuchtviehschau wurden im Ganzen folgende Preise verteilt: Bei der staatlichen Schau: für 2 Füllen 150 R.-Mk., für 17 Kühe mit Nachzucht 660 R.-Mk. und 2 Kühe für die Milchleistung 55 R.-Mk.; bei der genossenschaftlichen Schau: für 10 Kühe 220 R.-Mk., 11 Kalbinnen 235 R.-Mk. und 11 Zuchtfamilien 430 R.-Mk., sodas im Rechnungsjahr 1926/27 im Ganzen 2400 R.-Mk. an Prämien ausbezahlt werden konnten. Nach dem Rechnungsbildet betragen die Einnahmen 5141,82 R.-Mk. und die Ausgaben 3210,69 R.-Mk., sodas auf Jahreseschluß ein Kassenvorrat von 1931,13 R.-Mk. verzeichnet werden konnte. Zuchtinspektor Veterinär-Rat Hock in Heidelberg erstattete Bericht über das Ergebnis der Zuchtviehschau und über die züchterische Bewertung der vorgeführten Tiere und führte insbesondere aus, daß nur der Simmentaler Fleckviehschlag in der Genossenschaft mit Erfolg gezüchtet werden kann, da diese Tiere, sowohl in Bezug auf Arbeitsleistung, Milchleistung und späterhin auch als Schlachttiere, die an sie zu stellenden Bedingungen erfüllen und warnte ausdrücklich vor der Einfuhr oder dem Ankauf des schwarzbunten Viehes. Nur die planmäßige Zucht mit dem simmentaler oder oberbadischen Fleckvieh bringt eine Rente für den Züchter. Die Züchter müssen auf bodenständige Zucht bedacht sein d. h. hauptsächlich solche Tiere zur Zucht verwenden, die für die Verhältnisse des Bezirks passen. Die Aufsicht muß so sein, daß sie die Gesundheit und die Widerstandskraft stärkt. Die Tiere müssen gute Formen bekommen, diese allein verbürgen gute Futterverwertung und Milchleistung. Tiere mit schlechten Formen sind Schlachttiere. Formschöne Tiere sollten nie verkauft werden. Gute Aufzucht ist Grundbedingung für gute Leistung. Die Leistung der Tiere ist stets abhängig von der Form, nicht aber die Form von der Leistung. Eine gewisse Ausgeglichenheit in der Form muß erstrebt und erreicht werden. Weidung für das Zuchtvieh ist dringend notwendig. Bei Einkauf des Farrenmaterials müssen die Gemeinden in erster Linie darauf achten, bodenständige Farren zu erwerben, aber nur dann, wenn sie gut und ihnen nicht zu viele Fehler zu verzeihen sind. Männliche Zuchttiere dürfen nur gekauft werden, wenn ihre Abstammung nachgewiesen werden kann. Farren ohne Abstammungsnachweis werden in Gemeinden, die Mitglieder der Fleckviehzuchtgenossenschaft sind, nicht mehr angekauft. Beim Farrenkauf aus den Hochzuchtgebieten ist stets ein Abstammungsnachweis zu verlangen, der sich auf mehrere Generationen erstreckt. Ausdrücklich festgesetzt wurde noch, daß die Farrenhaltung in einem großen Teil der Gemeinden den Anforderungen nicht genügt. Die Farrenhaltung und das Farrenmaterial kann nur dann besser werden, wenn die Gemeinden die Farren in eigene Verwaltung übernehmen, oder für die Tierhaltung Preise bezahlen, die eine einwandfreie Zuchtierhaltung ermöglichen. Die Milchleistungsprüfung muß unter allen Umständen eingeführt werden, da Zuchttiere, für die ein Nachweis über die Milchleistung geführt werden kann, mit gutem Gewinn jederzeit veräußert sind. Die Märkte, insbesondere der Genossenschaftsmarkt in Mosbach, sollten besser besichtigt werden, da jeweils Käufer in genügender Zahl vorhanden sind und die Abzahnmöglichkeit eine gute ist. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen. Nach Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung wurden noch die bei der Zuchtviehschau im Jahre 1927 zuerkannten Preise im Gesamtbetrag von 2316 R.-Mk. an die Züchter ausbezahlt.

* Sinsheim, 15. Nov. (Aus dem Bad. Kriegerbund.) In der Sitzung des Hauptauschusses des Badischen Kriegerbundes wurde mitgeteilt, daß im vergangenen Halbjahr ein Zugang von 1393 Mitgliedern zu verzeichnen ist.

* Sinsheim, 15. Nov. (Auch ein Gedenktag.) Einen besonderen Gedenktag bildete der 12. November. In diesem Tage waren es 12 Jahre, daß der erste „Reichstags Tag“ in Deutschland eingeführt wurde.

* Sinsheim, 15. Nov. (Vorabend von Ferngesprächen.) Wie das Reichspostministerium dem Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels auf Grund einer Anfrage mitteilt, sind Ferngespräche, die zu einer vorher bestimmten Tages- oder Nachtzeit ausgeübt werden sollen, zugelassen und zwar im innerdeutschen Verkehr während der Nachtzeit (21 bis 8 Uhr) und im Verkehr zwischen Deutschland und Belgien, Dänemark, Danzig, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Schweden und der Schweiz neben der Nachtzeit auch zu der verkehrstarken Zeit (Tageszeit). Dabei handelt es sich allerdings um Monatsgespräche, das sind Gespräche, die täglich zwischen denselben Sprechstellen zu gleichen im voraus vereinbarten Zeit stattfinden und die mindestens für einen ganzen Monat bestellt werden. Diese Einrichtung wird nur wenig benutzt. Mit den angegebenen Ländern schweben gegenwärtig Verhandlungen, auch einzelne Gespräche, die zu einer vorher festgesetzten Tages- oder Nachtzeit ausgeführt werden sollen (Festzeitgespräche), zugelassen. Im innerdeutschen Verkehr besteht nach Ansicht des Reichspostministers keine Notwendigkeit, Festzeitgespräche zuzulassen.

* Sinsheim, 16. Nov. (Freistempelung von Postanweisungen und Zahlkarten.) Die Freistempelung von Postanweisungen und Zahlkarten, die bisher versuchsweise zugelassen war, soll dauernd beibehalten werden. Der Vermerk „Freigebühr umseitig“ ist vom Absender an der für die Freimarke vorgesehenen Stelle auf der Vorderseite der Postanweisung oder der Zahlkarte anzubringen.

* Sinsheim, 15. Nov. (Gedenken der hungernden Vögel.) Die ersten kalten Tage sind da und es scheint, als ob der Winter seinen Einzug halten will. Für die Tierwelt, namentlich für die gefiederten Sänger, ist dann Schmalhans Küchenmeister. Jetzt ist es an den Menschen, sich für die „Freikonzerte“, die ihnen die Vogelwelt in vergangenen Sommerlagen veranstaltete, erkenntlich zu zeigen. Es genügt, an einer Stelle im Garten, auf dem

Hof oder auf dem Fensterbrett einen Futterplatz herzurichten und ihn mit Futter zu bestreuen. Auch die Frage des Küchenzettels ist leicht gelöst. Hungerige Gäste sind sehr beschiden. Sie begnügen sich mit Küchenabfällen aller Art oder auch einer Hand voll Körner, die keine große Ausgabe erfordern. Auch Fleischreste und Speckschwarten sind am Platze, die besonders gern von den Meisen genommen werden. Hat es stark gefroren, so sorge man auch dafür, daß die Vögel frisches Trinkwasser haben. Solch kleiner Dienst an der Vogelwelt im Winter bringt im Sommer tausendfachen Nutzen.

* Dühren, 15. Nov. (Verschiedenes.) Von der Aussperrung im Zigarren-gewerbe wurden hier insgesamt 130 Arbeiter betroffen. — Die Eheleute Ludwig Döhler, geb. Hammel, feierten im großen Kreise von Freunden und Verwandten das Fest der silbernen Hochzeit. — Diese Woche feiert die älteste Frau unseres Ortes Elisabeth Schneider, geb. Allgeier, Ehefrau des verstorbenen Landwirts und Kirchengemeinderates Dionys Schneider, ihren 85. Geburtstag.

* Eichtersheim, 15. Nov. (Berufung und Beförderung.) Unterlehrer Alfred Kreis (gebürtig von Mühlhausen) tritt heute die ihm übertragene Hauptlehrerstelle in Welsheim an.

* Aglasterhausen, 15. Nov. (Die Straßennalzarbeiten) auf der Landstraße Aglasterhausen — Daudenzell sind heute beendet worden, sodas der Verkehr am Dienstag wieder aufgenommen werden konnte.

* Gaanangelloch, 15. Nov. (Verschiedenes.) Unterlehrer Eugen Wolbert ist an die Unterlehrerstelle in Eichtersheim versetzt worden. Er wirkte mehrere Jahre an der hiesigen Volksschule und genas die Sympathie weiter Bevölkerungskreise. — Einem dringenden Bedürfnis wird durch die Errichtung einer Kranken-schwesterstation am hiesigen Ort, abgeholfen. — Aus den jüngsten Tagungen des Gemeinderats ist festzustellen: Die Weglaub-verteigerung vom 5. Nov. 1927 mit einem Ergebnis von 146. — Mark wird genehmigt. Dem Tierfischverein wird ein Jahresbeitrag in Höhe von 10.— Mk. bewilligt. Die im Jahre 1926 erstellten Neubauten wurden gem. Erfuchen des Finanzamts zur Steuer eingezahlt. Die Erweiterung der Gewanngrenze des Ortsetters wird unter teilweiser Erfassung des Gewanns „Bildacker“ genehmigt und eine dahingehende Erklärung unterzeichnet.

* Fiehsingen, 15. Nov. (Kirchenstreik.) Beim Erntedankfest, das die Protestanten am Sonntag feierten, kam es infolge der Wühlarbeit einiger Drahtzieher zu einem Kirchenstreik, der die Antwort sein sollte auf die vom Oberkirchenrat erfolgte Besetzung der hiesigen freigewordenen Pfarrstelle. Trotz des Fernbleibens des größten Teils der hiesigen Protestanten konnte der neuer-nannte Pfarrer seinen Gottesdienst ungehindert abhalten. Wie wir hören, nimmt der Oberkirchenrat an der Besetzung der hiesigen Pfarrstelle keine Änderung mehr vor.

Schweres Autounfall in Wieslingen.

* Heidelberg, 15. Nov. Als heute früh 7 Uhr eine Menge Leute von der Hermann Treiberstraße kommend noch an die Haltestelle Ost eilten, um die Straßenbahn nach Heidelberg zu erreichen, fuhr im selben Augenblick ein Leichtes Lastauto eines Obsthändlers in Michelbach in die Menge, meist junge Burshen und Mädchen, die zur Arbeitsstätte wollten. Zum Glück wurde niemand getötet, dagegen 3 schwer und 4 leicht verletzt. Die Namen der Schwerverletzten sind Rosa Winter, Biefeder, Wolf und Zahn. Das sofort von Heidelberg herbeigerufene Sanitäts-auto brachte die Verletzten in die hiesige Klinik. Die Leichtverletzten konnten nach Anlegen eines Verbandes wieder entlassen werden. Die gerichtliche Untersuchung über die Schuldfrage ist eingeleitet. — Wie man hört, soll das Auto, übrigens ein alter Wagen mit Karbidbeleuchtung, direkt in die Menge infolge Ver-sagens der Bremse hineingefahren sein. Die Strafe sei dort überfichtlich, ein Verschulden der Straßenbahn kommt nicht in Frage.

* Heidelberg, 16. Nov. (Kündigung des Theaterpersonals.) Wie das „Heidelberger Tageblatt“ erfährt, hat die Stadtverwaltung dem Intendanten des Stadttheaters mitgeteilt, daß dem gesamten Personal bis spätestens 1. Januar auf Schluß der Spielzeit fürsorglich zu kündigen ist. Diese Kündigung, die sich sowohl auf das Personal, dessen Verträge jetzt ablaufen, wie auf dasjenige, die mehrjährigen Verträge haben, erstreckt, ist vorgestern ausgesprochen worden. Ob und in welcher Weise die Stadt eine Neuordnung der hiesigen Theaterverhältnisse plant, ist noch nicht zu sagen, da vor der Statberatung hierüber keinerlei Beschlüsse gefaßt werden können. Es handelt sich bei der Kündigung also zunächst um eine fürsorgliche Maßnahme.

* Wiesloch, 16. Nov. Die älteste Frau Wieslochs, die Witwe Anna Siegel, ist im Alter von 92 Jahren gestorben. Sie war bis in die letzte Zeit rüstig, hatte aber das Unglück, bei einem Falle das Bein zu brechen. Dieser Unfall führte langsam den Tod herbei.

* Karlsruhe, 15. Nov. (Unfälle.) In der Kirchstraße stürzte eine 67 Jahre alte Frau aus dem Fenster ihrer im fünften Stock gelegenen Wohnung und war sofort tot. — Ein 50 Jahre alter Hilfsarbeiter wurde von einem Fuhrwerk in Daxlanden angefahren und erlitt einen Oberschenkelbruch.

* Karlsruhe, 16. November. Montag abend gegen 8 Uhr brach in einem Hause Ede Marzgrafens- und Kreuzstraße ein Mansardenbrand aus, der dank des schnellen Eingreifens eines Löschzuges der Berufsfeuerwehr auf seinen Herd beschränkt und rasch gelöscht werden konnte. Der angerichtete Schaden wird auf 2000 Mark beziffert. Als Entstehungs-ursache wird schlüssiges Hantieren mit Feuerzeug angegeben.

* Karlsruhe, 16. Nov. (Landständischer Auschuß.) Am kommenden Freitag, vormittags 11 Uhr, findet eine Sitzung des Landständischen Auschusses statt.

* Aghern, 16. November. (Renovierung des Hornisgründeturmes.) Durch die Ortsgruppe Aghern des Badischen Schwarzwaldbundes wurden die Turmräume des Hornisgründeturmes einer gründlichen Instandsetzung unterzogen. U. a. wurde die Heizanlage vollständig erneuert, so daß alle Räume nunmehr ausreichend erwärmt werden können und auch während des Winters der Aufenthalt in der im Turm untergebrachten Jugendherberge wie im Sanitätsraum der Bergwacht und dem Hüttanbau den zu stellenden Anforderungen weitmöglichst entspricht.

* Offenburg, 16. Nov. (50 Jahre alt.) Der über die Grenzen Badens hinaus bekannte Bildhauer Peter Valentin feierte gestern seinen 50. Geburtstag. Dem Tiroler Boden entstammend, wußte Valentin die dortige Tradition der soliden Holzschneiderei mit einer gefunden künstlerischen Anschauung zu verbinden, die er auf den großen Studienreisen noch erweitern konnte.

* Freiburg, 16. Nov. (Selbstmord im Auto.) In der Sonntagnacht hat sich ein etwa 30jähriger Mann während einer Autofahrt in der Velforsstraße durch einen Kopfschuß getötet. Aus den Papieren, die der Tote bei sich führte, war zu entnehmen, daß es sich um einen Gewerbelehrer aus Aghern handelt. Der Beweggrund der Selbsttötung ist unbekannt.

* Schopfheim, 16. November. (Versammlung.) Die Vertreter der landwirtschaftlichen Genossenschaften der Bezirke

Schoßheim und Säckingen hielten hier eine Versammlung ab, die sich besonders mit dem weiteren Ausbau und der Stärkung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens beschäftigte.

Deubach, M. Mergentheim, 16. Nov. Wie durch ein Wunder gerettet wurde kürzlich der Bruder Adam Freitag. Als er aufgestanden war, wollte er zum Pferdehals gehen und füttern. Wie gewöhnlich wurde er von dem Hofhund an der Haustüre freudig empfangen; der Hund lief dann bis zur Stalltür voraus. Plötzlich tat er einen Schrei und lag tot am Boden. Nun erst bemerkte Gg. Freitag, daß ein in der Nacht zerrissener Draht der Starkstromleitung auf dem Boden lag und daß ihn das gleiche Schicksal ereicht hätte, wenn ihm nicht Pluto zum Lebensretter geworden wäre.

Großes Schadenfeuer in Forstheim. Forstheim, 16. Nov. Gestern früh gegen 3 Uhr brach im Hinterhaus der Velforstraße 8, in dem sich eine Bijouteriefabrik befindet, im Erdgeschoß Feuer aus, das sich über eine Holzstiege bis in den dritten Stock ausbreitete. Der Wackerlinie gelang es, nach mehrstündigem Bemühen des Feuers Herr zu werden. Der Gebäude- und Fahrzeugschaden ist sehr bedeutend. Es gelang einer Familie, die im dritten Stock wohnte, sich noch rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

135 Menschen beim Untergang eines Küstendampfers ertrunken

Berlin, 15. November. (Funkpruch.) Die Abendblätter geben eine Neuermeldung aus Bombay wieder, wonach der Küstendampfer „Tutaran“ bei einem Sturm ungefähr 100 Kilometer von Bombay gesunken sein soll. 135 Personen sollen ertrunken sein. Nur sieben Mann hatten sich gerettet.

Folgen schwere Kesselexplosion

Dortmund, 16. Nov. Nach einer Meldung der „Bremontia“ hat sich auf dem Zementwerk Nord der Firma Ruhr & Co. in Bedum bei Hamm eine schwere Kesselexplosion ereignet, durch die vier Personen erhebliche Verletzungen davontrugen. Der Schaden im Maschinenhaus und den benachbarten Fabrikräumen ist sehr groß. Vermutlich hat zunächst im hinteren Teil einer Landlokomotive eine Zusammenballung von Kohlenstoffgasen stattgefunden, die aus noch unaufläklärter Ursache explodierten und gleichzeitig die

Explosion des Kessels verursachten. Schwere Eisenteile wurden über 100 Meter weit fortgeschleudert, große Schwungräder wie Streichhölzer zertrümmert. Die Vorder- und Hinterwände des Maschinenhauses, die teilweise einen halben Meter dick sind, sowie das Dach wurden herausgedrückt. Bedinglich dem Umstände, daß das Unglück kurz vor Beginn des Schichtwechsels stattfand, ist es zu verdanken, daß nicht mehr Personen zu Schaden gekommen sind.

Ein gelehriger Neger.

Nürnberg, 15. Nov. Der Falschmünzerprozess gegen den Neger Bruce, der den Nürnberger Kunstdruckereibesitzer Paul Herden bezogen hatte, 100 000 englische Pfundnoten zu drucken, endete heute mit der Beurteilung von Bruce zu vier Jahren Zuchthaus, während Herden 1 1/2 Jahre Gefängnis erhielt. Der Neger, der vor 20 Jahren als kaufmännischer Angestellter in Nürnberg tätig war, hatte sich vor einem Jahr aus seiner afrikanischen Heimat wieder nach Nürnberg begeben und dort unter dem Vorwand, es handle sich um Reklamematerial, die 100 000 Pfundnoten herstellen lassen, die er in Matrasen und leeren Gefäßen nach Afrika brachte, wo sie von seinen Verwandten und Bekannten in Umlauf gebracht wurden. Die englischen Behörden an der Goldküste kamen aber bald auf den Betrug und setzten die Verbreiter der falschen Noten schon viel früher ins Gefängnis, als es hier mit den Urhebern der Falschmünzerei geschehen konnte.

Der geohrteigte Afrikaforscher.

Kassel, 15. Nov. Der Afrikaforscher Schomburgk, der in einem Warburg Kino über Menschen und Tiere im Urwald berichten wollte, ließ seinen Vortrag unmitttelbar vor Beginn abbrechen. Dafür gab er ungewollt den Warburger Bürgern die Trostkomödie eines Ehekonflikts zum besten. Kurz bevor der Vortrag Schomburgks beginnen sollte, ergriff die von dem Forscher getrennt lebende Gattin im Saal und stellte fest, daß er seine Geliebte bei sich hatte. Schomburgk ließ daraufhin Film und Vortrag im Stich, er rannte wie geheißen aus dem Saal durch die Straßen und suchte sich in einem Hotel in Sicherheit zu bringen. Die Gattin folgte der Spur und fand Gelegenheit zu einer sehr öffentlichen Abrechnung; sie bedachte den Gatten und seine Geliebte mit handfesten Ohrfeigen und zwang beide zu einer überfüllten Flucht im Auto. Am Bahnhof wurde das Paar zum zweiten Male gestellt, doch der Forscher sprang wieder ins Auto, kurbelte an und begann eine tolle Fahrt kreuz und quer durch Warburgs Straßen. Die Gattin folgte in ihrem Auto. Schließlich endete die tolle Fahrt an der Peripherie der Stadt, als es Schomburgk mit seinem schneller fahrenden Auto gelungen war, das Weite zu suchen.

Spielplan des Städtischen Theaters Heidelberg

Mittwoch, 16. Nov. Anf. abds. 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Außer Abonnement. „Donna Diana“, Lustsp. in 3 Akt. v. Moreto. Donnerstag, 17. Nov. Anf. abds. 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Abon. 66

„Lady Hamilton“, Operette in 3 Akten v. Eduard Künneke. Freitag, 18. Nov. Anf. abds. 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Abon. 67. „Villa Adelsheim“. Schwanke in 3 Akten v. E. u. A. Goll. Samstag, 19. Nov. Anf. abds. 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Außer Abonnement. „Lady Hamilton“, Operette in 3 Akten. Sonntag, 20. Nov. Anf. nachm. 3 Uhr. Ende 5 1/2 Uhr. (Freie Volksbühne.) „Mam'zelle Nitouche“. Operette in 3 Akten. 20. Nov. Anf. abds. 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Außer Abon. „Spiel im Schloß“. Eine Anekdote in 3 Akten.

Neueste amtliche Kurse

Table with financial data including exchange rates for various banks and currencies, and interest rates for different types of loans and deposits.

Wetterbericht

Karlsruhe, 15. Nov. Die winterliche Witterung hielt auch gestern noch bei uns an. Es kam jedoch nur vereinzelt zu leichten Schneefällen, im Übrigen herrschte jedoch im Gebirge trockenes Frohwitter. In der Ebene lagen die Temperaturen bei Null Grad. Heute morgen hat Baden unter dem Einfluß eines über dem Alpenvorland sich weitöstlich erstreckenden schmalen Hochdruckrückens heiteres Wetter. Nordbaden liegt bereits innerhalb der Bewölkungsgrenze um das Nordmeertief, an dessen Südrande Wärmewellen gegen Norddeutschland vorrücken. Mit Rücksicht auf die von Westen in mehreren Fronten heranziehenden Warmluftmassen, die von einem bei Island liegenden Tief nach Europa transportiert werden, ist mit fortschreitendem Zerfall der noch über dem Festland liegenden Kaltluft zu rechnen. Infolgedessen steht in der nächsten Zeit mildes Wetter in Aussicht.

Zwangsvollversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Reihen belegenen im Grundbuche von Reihen zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Johann Schwind Jung, Landwirt in Reihen eingetragenen nachstehend beschriebenen Grundstücke am

Samsing, den 14. Januar 1928, vormittags 9 Uhr durch das unterzeichnete Notariat im Rathause zu Reihen versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 30. August 1927 in das Grundbuch eingetragen worden. Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde ist jedermann gestattet.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erstellung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Beschrieb der zu versteigernden Grundstücke: Grundbuch von Reihen Band 18 Hft 4 Bestandsverzeichnis I Nr. 4 und 5.

Egb. Nr. 147, 5 a 95 qm Hofstraite mit Gebäulichkeiten im Ortssetzer.

Egb. Nr. 148, 7 a 10 qm desgleichen. Einschlag zusammen: 5000.— Reichsmark.

Sinsheim, den 12. November 1927. Bad. Notariat als Vollstreckungsgericht.

Bienen-Honig

Liefere ich Ihnen, weil her auf Reinheit und Güte von der Landwirtschaftlichen Untersuchungsstation Bremen Dr. Weiss und Dr. Laband, beidseitige Handels-Chemiker, und den für Honiguntersuchungen bek. nenn. beidseitigen Handels-Chemiker Dr. R. Zöckler, Bremen, untersucht ist. Den 10-Pfund-Eimer zu M. 10.70, 5-Pfund-Eimer M. 6.20. Nachnahme 30 Pfennig mehr Pundsack, Lehrer a. D., Hude 297 i. Oldbg. In einem Monat 1598 neue Kunden.

Loden - Mäntel

- Knabenmantel imprägniert Loden mit Kaputze, Größe 1 8.75
Burschenmantel imprägniert Loden, m. Gummieinlage, Armst. 19.50
Lodenmantel Ia. imprägniert, Rückeneinlage, Aermel gefüttert. 23.-
Lodenmantel Ia. langhaariger Strichloden, mit Armfütter 32.-
Lodenmantel Ia. Strichloden, Armfütter, Gummieinlage 39.-
Lodenmantel echt bayerischer Loden, Ia. Verarbeitung 45.-
Hubertusmantel für Jäger u. Radfahrer, komb. Mantelpellerine 32.-

E. Speiser, Sinsheim

Portofrei

versende ich schönes rotes Oberbett, gut gefüllt, 1 1/2 schläfrig zu 30 Mark. Kopfkissen Stück 10 Mark.

Betten-Versandhaus Sommer Heidelberg Hauptstraße 80 und 92.

Mütterberatungsstunde findet am Donnerstag, den 17. November nachmittags von 5 bis 6 Uhr im Zeichenkale der Realschule Sinsheim statt.

Möbl. Zimmer

sofort oder später zu vermieten. Zu erfragen unter Nr. 1147 beim Landboten.

Überseereisen



Regelmäßige Personen- und Frachtdienste nach Nordamerika, Mittelamerika, Südamerika, Ostasien, Australien und Afrika

Vergnügungs- und Erholungsreisen, wie Fjord- und Polarfahrten, Reisen um die Welt, Westindien-Reisen

Interessenten erhalten Auskünfte und Prospekte kostenlos durch die

Hamburg-Amerika Linie

HAMBURG + ALSTERDAMM 25 und die Vertretungen an allen größeren Plätzen des In- und Auslandes.

Vertretung in Sinsheim i. B. Hermann Betsch, Hauptstr. 304.

Generalagentur für den Freistaat Baden Reisebüro H. Hansen, B.-Baden, Sofienstraße 15b (Am Kurgarten).



„überall erhältlich“ MTUSSI GEWÜRZE sind die Besten Mtussi G.m.b.H. Nürnberg

Garantiert nächste Woche

Für nur 50 Mark bei der BAD. WOHLTÄTIGKEITS-GELOTTERIE 40000 M. ZU GEWINNEN. ZUS. 100000. 1.50 a. 11.5 M. PORTO ULISTE 50 a. ZIEHUNG SICHER 22. NOVEMBER. SOFORT. GEWINN-ENTSCHEIDUNG 1. ZU 5000 M. 11.5 M. UL. 1. ZU 1 M. 11.5 M. PORTO 20 a. EMPFIEHET! Hier bei: Fricour Rohleder MANNHEIM/OF. 11. POSTSCH. 7048 KRÜHE

4 PS Opel 4-Siger

dunkelblau noch mit Fabrikgarantie, Haftpflicht - u. Raskoverficherung u. Steuer bis April 1928 außerordentlich preiswert bei entgegenkommenden Zahlungsbedingungen abzugeben, durch Orth & Hecke Opel-Vertretung Ludwigshafen a. Rhein, Humboldtstr. 35 Tel. 61701 und 66344.

Hausfabrikation

richten wir ein. Dauernde und sichere Erntez oder Nebenerwerb. Auskunft kostenlos. Chem. Fabrik Aylsdorf Inh. H. Münzner Feig-Aylsdorf.

Henko



Drucksachen aller Art liefert schnell und gut die G. Becker'sche Buchdruckerei Sinsheim.

Spar- und Waisenkasse Sinsheim. Öffentliche Sparkasse mit Gemeindebürgerschaft. Postscheckkonto 5492. Telefon Nr. 365. Wir nehmen Spareinlagen von 1 Mk. an zu zeitgemäßen Zinssätzen. Die bis jetzt noch nicht vorgelegten alten Sparbücher wollen zwecks Eintragung des Aufwertungsbetrags abgegeben werden.

Thomasmehl weit unter Vorkriegspreis! Versäumen Sie diese selten günstige Einkaufsmöglichkeit nicht. Billiger können Sie Ihren Wiesen und Weiden die unbedingt notwendige Phosphorsäuredüngung nicht zukommen lassen. Thomasmehl gibt dem Futter hohen Kalkgehalt und verhindert beim Jungvieh die Knochenweiche. Beachten Sie in Ihrem eigenen Interesse die Frage: Haben Sie Ihre Wiesen u. Weiden schon gedüngt?

Loden-Joppen etc. Burschenlodenjoppe hochgeschlossen 6.75
Burschenlodenjoppe grün meliert 9.50
Burschenlodenjoppe gute Qualität, mod. braun meliert 18.50
Lodenjoppe 2reihig, Ia. get., beste Verarbeitung 7.50
Lodenjoppe grüner Loden ganz gearbeitet 17.50
Lodenjoppe ganz gefüttert, Ia. Strapazierqualität 21.-
Lodenjoppe 2reihig, Ia. gefüttert, Aermelfütter, Sportform 21.-
Bleyle's Geschäftsjacken in allen gangbaren Größen und Farben
E. Speiser, Sinsheim